

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:273500-2014:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Berlin: Werbe- und Marketingdienstleistungen
2014/S 152-273500**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
Zu Händen von: Anja Ruch
10719 Berlin
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 3021252599
E-Mail: anja.ruch@ibb.de
Fax: +49 302125132599

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.ibb.de>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.3) Haupttätigkeit(en)

Wirtschaft und Finanzen

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

„Entwicklung und Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes für die Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT) 2015 (ff.) in Berlin.“

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr 13: Werbung
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Berlin und Land Brandenburg.
NUTS-Code DE300

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Der Gegenstand der Leistung besteht in der Entwicklung und Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes für die Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT) 2015 mit Verlängerungsoption für die deGUT 2016 und 2017 unter Berücksichtigung politischer Vorgaben und der individuellen Interessenlagen der beteiligten Akteure.

Die deGUT ist Deutschlands große Kongressmesse für Selbstständigkeit und Unternehmertum. Einmal im Jahr können sich Existenzgründer/innen und junge Unternehmer/innen an 2 Tagen in Berlin ausführlich informieren und individuell zur Umsetzung ihrer Geschäftsideen beraten lassen. Die deGUT 2015 wird vom 9. - 10. Oktober im Hangar 2 im Flughafen Tempelhof in Berlin stattfinden. Weitere Informationen finden Sie unter:

www.degut.de

Kommunikationsziele:

Mit dem Kommunikationskonzept sind folgende Kommunikationsziele umzusetzen:

- Positionierung der deGUT als Leitmesse für Selbstständigkeit und Unternehmertum in Deutschland,
- Bekanntmachung der deGUT 2015 (optional deGUT 2016 und 2017) bei den Zielgruppen und Multiplikatoren (Besucher, Aussteller und Partner),
- Besuchergewinnung/Motivation zur Teilnahme an der deGUT 2015 (optional deGUT 2016 und 2017).

Massnahmen:

a) Folgende Teilleistungen werden voraussichtlich im Kommunikationskonzept unter Ausschöpfung eines Budgets zu erbringen sein:

A) Kommunikationskampagne.

Zielgruppenanalyse, -definition und -erweiterung, kontinuierliche regionale und überregionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit inkl. Gewinnung von Medienpartnerschaften, Informations- und Motivationskampagne zur gezielten Teilnehmergeinnung, Ausbau bestehender und Aufbau neuer Netzwerke und Partnerschaften, Gewinnung von Repräsentanten der Messe, Pflege und Weiterentwicklung der deGUT-Website, Weiterentwicklung einer Strategie für den erfolgreichen Einsatz von Social Media-Marketing, Zuarbeiten für Messematerialien, Akquise zusätzlicher Sponsoringleistungen zur Erhöhung der medialen Präsenz etc.

B) deGUT-Eröffnungsveranstaltung.

Sponsorensuche, inhaltliche und organisatorische Vorbereitung am Vorabend der Messe für ca. 250 geladene Gäste, Programmgestaltung in enger Absprache mit den Auftraggebern und dem Haupt-sponsor und dessen Veranstaltungsagentur.

C) Organisation von Arbeitstreffen einschl. Präsentationserstellung.

D) Evaluation und Dokumentation.

Erstellung einer Imagebroschüre einschl. Fotodokumentation im Nachgang zur deGUT, Evaluation der Maßnahmen, zusammenfassender Projektbericht.

b) Folgende Teilleistungen sind voraussichtlich als als gesondertes Angebot mit einer Angebotssumme zu erstellen:

E) Unternehmerwettbewerb GründerChampions 2015 (optional 2016 und 2017).

Ausschreibung des Wettbewerbs in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der KfW Bankengruppe, Bewerbung des Wettbewerbs, Akquise von Bewerbern, Durchführung des Auswahlverfahrens, Organisation und Abwicklung des Betreuungsprogramms für die Landes-, Bundes- und Publikumssieger, Prämierung und Präsentation der GründerChampions, Einbindung der GründerChampions auf der deGUT in das Seminar- und Marktplatzprogramm.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

79340000, 79341000, 79341100, 79341400

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Für die Konzeption und Umsetzung der Maßnahmen steht ein jährliches Budget von insgesamt maximal 218 000 EUR netto zur Verfügung (Gesamtbudget deGUT 2012-2014: 654 000 EUR netto).

Das Kommunikationskonzept für die deGUT 2015 ist voraussichtlich ab Anfang Dezember 2014 umzusetzen.

Bei Auftragserteilung wird ein Vertrag für ein Jahr mit zwei Verlängerungsoptionen für die deGUT 2016 und 2017 bei Nichtkündigung geschlossen.

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Falls eine Bewerber-/Bietergemeinschaft (im Folgenden: „BieGe“) gebildet wird: Die BieGe hat mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung (Muster beim Auftraggeber erhältlich) abzugeben,

— in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,

— in der alle Mitglieder aufgeführt sind und eines der Mitglieder als bevollmächtigter Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages bezeichnet ist,

— in der bestätigt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter alle Mitglieder der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

— in der erklärt wird, dass alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages gesamtschuldnerisch haften,

— in der angegeben wird, welches Mitglied welche Leistungen ausführt.

Weiter ist in einer kurzen Begründung anzugeben, aus welchem (kaufmännischen oder technischen) Grund eine Bietergemeinschaft eingegangen wird.

Es ist grds. nicht zulässig, dass ein Mitglied einer Bietergemeinschaft parallel ein eigenes Angebot abgibt.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die Angaben unter Ziff. III.2) sind in Form von Eigenerklärungen zu machen, soweit nicht anders angegeben. Muster sind bei der IBB erhältlich und Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen.

Zwingend: Eigenerklärung gem. § 6 Abs. 4 und Abs. 6 VOL/A-EG : Es muss erklärt werden, dass die in diesen Absätzen genannten Tatbestände (diese sind in der Eigenerklärung zu nennen, ebenso wörtlich die Textpassage in Abs. 4 von „Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt“ bis „rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.“) nicht vorliegen. Ein Muster für eine hierfür ausreichende Eigenerklärung ist Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen und beim Auftraggeber erhältlich.

Zwingend: Erklärung zur Förderung von Frauen gem. § 9 des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes vom 8.7.2010 (GVBl. Nr. 17 vom 22.07.2010, S. 399-401). Ein Muster für diese Eigenerklärung ist Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen und beim Auftraggeber erhältlich.

Die beiden Erklärungen sind zwingend von allen bietenden Unternehmen zu erbringen (also auch von Nachunternehmern oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eigenerklärung, im Auftragsfalle für die Laufzeit des Vertrages bzw. der Auftragsausführung mit dem geforderten Versicherungsschutz ausgestattet zu sein (Haftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 3 000 000 EUR für Personen- und Sachschäden, zweifach maximiert). Die Versicherung muss Schäden an gemieteten und geliehenen Sachen sowie Schäden, die Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachen, einschließen. Eingeschlossen muss auch eine Versicherung für Tätigkeitsschäden sein.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Kurzdarstellung des Unternehmens mit Beschreibung des Leistungsspektrums und Angabe der durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen in 2012, 2013 und dem ersten Halbjahr 2014, aufgeschlüsselt nach Anzahl der festen und freien Mitarbeiter (Angabe in MAK = Mitarbeiterkapazität, also Vollzeitstelle) sowie Tätigkeitsfeldern. In der Kurzdarstellung ist nachzuweisen (Ausschlusskriterium), dass es sich um eine Full-Service-Agentur mit mindestens acht festen Mitarbeitern (MAK) einschließlich der Geschäftsführung handelt (jeweils im Jahresdurchschnitt für 2012, 2013 und dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 2014).
2. Nachweis von maximal 4 Referenzen über bereits realisierte Kommunikations-Kampagnen und Veranstaltungen mit ungefähr vergleichbarer Komplexität in den letzten drei Jahren vor Ablauf der Angebotsfrist. Davon muss der Auftragswert mindestens einer Kampagne größer/gleich 150 000 EUR netto betragen (Ausschlusskriterium). Jede Referenz ist in Form eines standardisierten Deckblattes darzustellen, das bei der Kontaktstelle per E-Mail anzufordern ist. Die Angaben sind durch zusätzliche Visualisierungen der Kampagne/ Veranstaltung zu belegen. Die Referenzen werden nach folgenden Kriterien bewertet:
 - (Ausschlusskriterium): Mindestens 1 Referenz hat einen Auftragsetat von größer/gleich 150 000 EUR netto,
 - Pro Referenz mit einem Auftragsetat größer 150.000 EUR netto wird 1 Punkt vergeben (bis zu einer Höchstzahl von 4 Punkten),
 - Pro Referenz, die einer der Branchen „Öffentliche Auftraggeber“, „Non-Profit-Projekte“, „Veranstaltungen/ Messen“ zugeordnet werden kann, wird 1 Punkt vergeben (bis zu einer Höchstzahl von 4 Punkten),
 - Pro Referenz, die mindestens zwei der Kommunikationsinstrumente Public Relations, Online Marketing und klassische Mediawerbung miteinander kombiniert, wird 1 Punkt vergeben (bis zu einer Höchstzahl von 4 Punkten).

Es können somit maximal 12 Punkte erreicht werden. Die Referenzen gehen mit 50 % in die Gesamtwertung der Eignung ein.

Es können Referenzen aus den letzten drei Jahren angegeben werden, also Projekte ab 2011. Anzugeben sind bei jeder Referenz ein Ansprechpartner beim Kunden (für Rückfragen) incl. Telefonnummer und E-Mail-Adresse.

3. (Ausschlusskriterium): Namentliche Benennung (Eigenerklärung) eines deGUT-Projektteams mit 4 Teammitgliedern (anzugeben ist in der Eigenerklärung auch der jeweilige Verantwortungsbereich), welche die ausgeschriebenen Leistungen verantwortlich durchführen werden. Das Projektteam muss mindestens folgendes Aufgabenspektrum umfassen:

Projektleitung, Strategie und Konzeption, Grafik und Layout, Text, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Wettbewerbsbetreuung (siehe Maßnahmen – Modul C, Ziff. II 1.5) der Bekanntmachung). Jedes Teammitglied ist auf max. 2 Seiten mit mindestens folgenden Angaben darzustellen:

- Name und Foto,
- Zuständigkeit im Projektteam,
- Berufliche Qualifikation (Studium/Ausbildung),
- Referenzen im jeweiligen Aufgabenbereich mit folgenden Angaben: Auftraggeber, Kampagnen-/Projektbezeichnung, Zuständigkeit/Leistungsschwerpunkt, Orts- und Jahresangabe. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die in diesem Zusammenhang gemachten Ausführungen Angaben zu den nachfolgend mit sieben Spiegelstrichen genannten Erfahrungen enthalten müssen.

Das Projektteam wird mit Schulnoten (Maßstab: Notendefinition im KMK-Beschluss vom 03.10.1968, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Schulnote#Unter-_und_Mittelstufe) im Wege einer Gesamtschau bewertet, die anhand folgender Anforderungskriterien vergeben und verbal-argumentativ begründet werden:

- Qualifikation und Erfahrungen im Verantwortungsbereich,
- Erfahrungen mit Kommunikationsprojekten in Deutschland,
- Erfahrungen mit der Medienlandschaft in Berlin und/ oder Brandenburg,
- Erfahrungen im Bereich der Neuen Medien und des Online-Marketing,
- Erfahrungen mit der Organisation von Veranstaltungen mit mind. 200 Teilnehmern,
- Erfahrungen mit der Durchführung öffentlich geförderter Aufträge,
- Erfahrungen mit Existenzgründungsprojekten bzw. -einrichtungen.

Die Bewertung mit „1“ (sehr gut) erhält 12 Punkte. Pro Notenstufe schlechter werden 2 Punkte weniger vergeben („2“ ergibt 10 Punkte, „3“ 8 Punkte usw.). Es können Zwischennoten („2-3“) vergeben werden. Die Bewertung des Projektteams geht ebenfalls mit 50% in die Gesamtwertung der Eignung ein.

4. (Ausschlusskriterium): Unterzeichnete Eigenerklärung: Es ist zu versichern, dass die hauptverantwortlichen Mitarbeiter/innen kurzfristig für Abstimmungsrunden und Arbeitsbesprechungen bei den Auftraggebern zur Verfügung stehen. Das entsprechende Formular ist bei der Kontaktstelle per E-Mail anzufordern. Die Referenzen sind von dem Unternehmen zu erbringen, welches bei Auftragsvergabe die entsprechende Leistung (z. B. in einer Bietergemeinschaft) erbringen soll.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl 1: und Höchstzahl 4

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Punktzahl (s. o. III.2.3)). Bei Punktgleichheit wird der Bewerber ausgewählt, der im Bereich Projektteam (s. o. III.2.3)) Nr. 3) die höhere Bewertung erreicht hat.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

Sonstige frühere Bekanntmachungen

Bekanntmachungsnummer im ABI: [2011/S 164-271536](#) vom 27.8.2011

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

16.9.2014 - 12:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch.

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

VI.3) Zusätzliche Angaben

Die IBB ist u.a. an die Vorgaben des BerlAVG, der Frauenförderverordnung und der VwVBU (Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt) gebunden. Daraus resultieren diverse Pflichten für die Bieter, die teilweise vertraglicher Natur sind (z.B. Besondere Vertragsbedingungen zum Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)), teilweise auch Eignungsaspekte im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens

berühren. Diese sind teilweise erst für die Bieter (also nach erfolgreich absolviertem Teilnahmewettbewerb) bzw. auch nur für den künftigen Vertragspartner (Zuschlagsempfänger) relevant. Wir machen bereits an dieser Stelle Interessenten auf diese rechtlichen Bindungen aufmerksam: Eine Zusammenstellung der zu beachtenden Vorgaben und abzugebenden Erklärungen wird von der Vergabestelle zur Verfügung gestellt.

Teilnahmeanträge, Angebote und sonstige Verfahrenskorrespondenz sind ausschließlich in deutscher Sprache zulässig. Auftretende Fragen bitte (nicht telefonisch, sondern) schriftlich, am besten per E-Mail oder auch per Fax zu einem möglichst frühen Zeitpunkt mitteilen. Der letzte Zeitpunkt für Bewerber-/Bieteranfragen ist sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist. Später eingehende Fragen müssen von der Vergabestelle nicht mehr beantwortet werden.

Gem. § 10 des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes vom 8.7.2010 (GVBl. Nr. 17 vom 22.7.2010, S. 399-401) erhält bei sonst gleichwertigen Angeboten das Unternehmen bevorzugt den Zuschlag, welches Ausbildungsplätze bereitstellt bzw. sich an tariflichen Umlageverfahren zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung oder an Ausbildungsverbänden beteiligt. Als Nachweis ist von den Unternehmen nach Aufforderung durch den Auftraggeber (diese erfolgt frühestens am Tage der Öffnung der Angebote) unverzüglich eine Bescheinigung der für die Berufsausbildung zuständigen Stellen vorzulegen.

Voraussichtlicher Termin für die Angebotsfrist: 10.11.2014, 12:00 Uhr.

Aus gegebenem Anlass (Entscheidung der VK Bund vom 12.12.2013 – VK1-101/13) wird darauf hingewiesen, dass Vergaberechtsverstöße, die erst aus den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gerügt werden müssen. Die VK Bund vertritt in der genannten Entscheidung die Auffassung, dass man auch noch nach Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe rügen kann, ohne präkludiert zu sein, wenn in der Bekanntmachung die Frist zur Angebotsabgabe nicht benannt ist. Daher wird die voraussichtliche Frist zur Angebotsabgabe hiermit nachträglich veröffentlicht.

Diese Rechtsansicht der VK Bund ist nach hiesiger Auffassung unzutreffend und eine Mindermeinung. Bei Vergaberechtsverstößen, welche aus den Vergabeunterlagen erkennbar sind, muss spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gerügt werden.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Berlin

Martin-Luther-Straße 105

10825 Berlin

DEUTSCHLAND

E-Mail: poststelle@senwtf.berlin.de

Telefon: +49 3090138316

Internet-Adresse: <http://berlin.de/den/wirtschaft/vergabekammer.html>

Fax: +49 3090137613

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

S. o. (Ziff. I.1)

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

5.8.2014